

# Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

herausgegeben von

**Univ.-Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL.M.**

Georg-August-Universität Göttingen

**Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.**

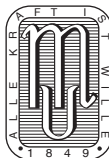
Präsident des Obersten Gerichtshofs

Wirtschaftsuniversität Wien

## 2. Auflage

## Titelei

(4. Ausgabe, 2024)



Wien 2012

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

**Zitiervorschlag:**

*Bearbeiter* in Wiebe/Kodek (Hrsg), Kommentar zum UWG<sup>2</sup> (Jahr der Lieferung) § . . . Rz . . .

*Handig* in Wiebe/Kodek (Hrsg), Kommentar zum UWG<sup>2</sup> (2024) § 7 Rz 10

*Bearbeiter* in Wiebe/Kodek, UWG<sup>2</sup> § . . . Rz . . .

*Handig* in Wiebe/Kodek, UWG<sup>2</sup> § 7 Rz 10

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeber, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-25836-8

© 2024 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: [verlag@manz.at](mailto:verlag@manz.at)

[www.manz.at](http://www.manz.at)

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

## Vorwort

Das Lauterkeitsrecht ist eine sehr „schnellebige“ Materie. Seit Erscheinen der zweiten Auflage wurde das UWG fast jährlich novelliert. Nach dem KaWeRÄG 2012 kam die UWG-Nov 2015, eine Ergänzung der aggressiven Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit Buchungsplattformen im Jahr 2016 sowie die Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie durch die UWG-Nov 2018. Seit der letzten Ausgabe der Titelei 2020 kamen dann noch einmal eine Änderung von § 33 UWG sowie vor allem das MoRUG II hinzu. Auch wurden die verschiedenen europäischen Regelungen in Bezug auf die digitale Wirtschaft, vor allem das Paket zur Datenregulierung, eingearbeitet, soweit für das UWG von Relevanz.

Damit können wir unseren Leserinnen und Lesern das Werk wieder in top-aktueller Form zur Verfügung stellen.

Abschließend möchten wir all jenen danken, die auf vielfältige Weise zur Fertigstellung des Buches beigetragen haben. Hierzu gehören natürlich die Autorinnen und Autoren, die trotz anderweitiger starker beruflicher Anspannung rechtzeitig ihre Manuskripte fertigstellten. Für die Erstellung des Stichwortverzeichnisses danken wir Univ.-Ass. *Manuel Schweiger*, LL.M. (WU) und Univ.-Ass. Dr. *Lena Werderitsch*, LL.M. (NYU). Dank gilt auch dem Verlag Manz für die hervorragende Betreuung und insbesondere unseren Lektorinnen Mag. *Kathrin László*, Dr. *Kerstin Pfleger* und MMag. *Astrid Trawöger* für die stets reibungslose Zusammenarbeit. Ihre Genauigkeit und Umsicht trugen maßgeblich zum Gelingen unseres Werkes bei.

Natürlich würden wir uns wieder über Feedback und Anregungen aus dem Kreis unserer Leser sehr freuen.

Wien/Göttingen, im Juli 2024

*Andreas Wiebe*

*Georg E. Kodek*



## Vorwort zur ersten Auflage

Das Lauterkeitsrecht ist in der Praxis von steigender Bedeutung und längst keine Materie für wenige Spezialisten mehr. Mit der zunehmenden Internationalisierung des Handels und der Werbung, vor allem im Binnenmarkt, wuchsen auch die Einflüsse des europäischen Rechts, die zu fundamentalen Änderungen althergebrachter Grundsätze führten. Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken war einerseits ein Einschnitt, andererseits nur eine Fortsetzung und Konsolidierung eines in der Judikatur bereits begonnenen Prozesses.

Die Idee einer systematischen Kommentierung des österreichischen UWG lag lange in der Luft. Spätestens die Novellierung im Zuge der Umsetzung der RL-UGP im Jahre 2007 war Anlass genug, diese Idee in die Tat umzusetzen.

Die neugefassten Regelungen werfen eine Vielzahl von grundsätzlichen Fragen, aber auch Einzelproblemen auf, für die die bisherige Judikatur und Lehre nur begrenzt Antworten bereithält. Die Novellierung zwang dazu, eine gegenüber den alt eingefahrenen Gleisen neue Struktur zu entwickeln. Die abnehmende Bedeutung der Generalklausel des § 1 UWG, die zunehmende Bedeutung bzw. Neueinführung der Sondertatbestände und die wörtliche Umsetzung der Geschäftspraktikenliste waren systematisch einzubinden. Wir sind dabei einen Mittelweg gegangen und hoffen, damit zu einem guten Verständnis des neuen Lauterkeitsrechts beitragen zu können.

Zusammen mit einem jungen Team von Wissenschaftlern und Praktikern haben sich die Herausgeber die Aufgabe gestellt, einerseits die hergebrachte und sich entwickelnde Judikatur systematisch aufzubereiten, aber auch neue Akzente zu setzen und Wegweiser aufzurichten. Die Kommentierung will einerseits dem Praktiker eine rasche und verlässliche Orientierung bieten, andererseits will sie dabei auch wissenschaftlichen Maßstäben genügen. Die einschlägige österreichische Judikatur und Literatur sind vollständig verarbeitet. Das Manuskript wurde im März 2009 abgeschlossen; danach erschienene Literatur konnte nur in Ausnahmefällen nach Maßgabe der drucktechnischen Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Von großem Vorteil war, dass auch bereits die ersten wegweisenden Entscheidungen des OGH berücksichtigt werden konnten. Angesichts der nunmehr stark europarechtlichen Fundierung des UWG liegt ein besonderer Schwerpunkt auch auf der europäischen Komponente, vor allem der Auslegung der einschlägigen Richtlinien und Entscheidungen des EuGH. Dies gilt gerade für Bereiche, die ganz neu eingefügt wurden, etwa die Geschäftspraktikenliste, aber auch solche, die grundlegenden Änderungen unterzogen wurden, wie §§ 1, 2 und 2a.

Vielfältige Schwierigkeiten waren zu überwinden. Wir danken dem Verlag Manz für die bereitwillige Aufnahme der Idee und vielfältige Unterstützung bei deren Umsetzung. Stellvertretend für alle Mitarbeiter des Verlages möchten wir uns ganz besonders bei unserer Lektorin Frau Mag. *Kathrin Wohlschlägl* bedanken, deren Genauigkeit und Umsicht maßgeblich zum Gelingen unseres Werkes beitrug. Wir hoffen, dass wir ein Produkt vorlegen, das Hilfestellung und Leitlinien für die künftige Praxis bietet, und dass unser Werk beim Leser freundliche Aufnahme findet. Der „Schnelllebigkeit“ der Materie soll in Hinkunft durch regelmäßige Neuauflagen Rechnung getragen werden. Über Feedback und Anregungen würden wir uns sehr freuen.

Wien, im Juni 2009

*Andreas Wiebe  
Georg E. Kodek*

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

(V)



## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. **Axel Anderl**, LL.M. (IT-Law), ist Managing Partner bei DORDA Rechtsanwälte GmbH. Er leitet dort das IT/IP und Datenschutzteam sowie die Digital Industries Group. Er ist auf Wettbewerbsrecht, Urheber- sowie IT- und E-Commerce-Recht spezialisiert. Dr. Anderl ist Autor zahlreicher Fachpublikationen auf diesen Gebieten. Weiters ist er ua Lektor an diversen Universitäten und Fachhochschulen und Vortragender im Bereich Softwarerecht, Outsourcing und Wettbewerbsrecht. Dr. Anderl ist in diversen internationalen Anwaltsrankings als führend in seinen Fachbereichen ausgewiesen. Unter anderem ist der in der Legal Hall of Fame von legal500 für „TMT“ aufgenommen.

Univ.-Prof. Ing. Dr. **Clemens Appl**, LL.M., leitet das Zentrum für Geistiges Eigentum, Medien- und Innovationsrecht und ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales, Europäisches und Österreichisches Urheberrecht an der Universität für Weiterbildung Krems. Der Schwerpunkt seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit liegt in den Bereichen Urheberrecht, gewerblicher Rechtsschutz, Wettbewerbsrecht, Datenschutzrecht sowie in den Querschnittsmaterien Open Innovation, Software- und Technikrecht. Er ist Beirat und redaktioneller Leiter für mehrere juristische Fachpublikationen sowie Mitglied in verschiedenen Fachvereinen, darunter Obmann und Gründungsmitglied des Forschungsvereins für Technikrecht FTR sowie Mitglied des Vorstands des Forschungsvereins INFOLAW. Prof. Appl gehört den wissenschaftlichen Leitungsgremien verschiedener nationaler und internationaler Tagungen zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht an.

FH-Prof. Dr. **Peter Burgstaller**, LL.M., ist Rechtsanwalt bei Burgstaller & Partner in Linz. Er ist Fachhochschulprofessor für IT- und IP-Recht an Fakultät für Informatik/Medien/Kommunikation, FH OÖ, sowie allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Urheberfragen und Medienwesen. Außerdem ist er in Wirtschaftsrechtssachen als Schiedsrichter tätig und Mitglied der Domain-Panels der World Intellectual Property Organisation (WIPO) in Genf sowie des Czech Arbitration Court (CAC) in Prag.

Dr. **Andreas Frauenberger** ist selbstständiger Rechtsanwalt bei ENLAWMENT in Wien. Er war von 1990 bis 1995 als Assistent am Institut für Zivilgerichtliches Verfahren der Universität Wien tätig. Seit 1998 ist Dr. Frauenberger als Rechtsanwalt in Wien tätig. Er ist auf Wettbewerbs-, Medien-, Persönlichkeits-, Marken- und Urheberrecht spezialisiert. Dr. Frauenberger publiziert regelmäßig zu wettbewerbsrechtlichen und prozessualen Fragestellungen. Er ist neben dem vorliegenden Werk auch Mitautor mehrerer namhafter Kommentare im Bereich des Zivilprozessrechts.

Dr. **Christian Handig** ist als Mitarbeiter der Abteilung für Rechtspolitik der Wirtschaftskammer Österreich in der Interessenvertretung tätig. Daneben ist er unter anderem Vorstandsmitglied der Österreichischen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift ÖBl, Mitherausgeber des Kommentars „urheber.recht“ sowie Fachautor und Vortragender im Bereich des privaten Wirtschaftsrechts.

Dr. **Roman Heidinger**, M.A., ist als Rechtsanwalt bei CERHA HEMPEL in Wien in den Bereichen Immaterialgüterrecht, Lauterkeitsrecht und IT-Recht tätig. Weiters ist er Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen und regelmäßig Vortragender bei Seminaren und wissenschaftlichen Tagungen. Dr. Heidinger ist auch Obmann-Stv. des Forschungsvereins Infolaw,

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

(VII)

der den österreichischen IT-Rechtstag und das Forum Wettbewerbsrecht veranstaltet. Darüber hinaus ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der juristischen Fachzeitschriften „Medien und Recht (MR)“ und „Zeitschrift für Informationsrecht (ZIIR)“ sowie Autor zahlreicher Fachpublikationen in den Bereichen Immaterialgüterrecht, Lauterkeitsrecht und IT-Recht.

Dr. **Rainer Herzig** promovierte 1982 an der Universität Wien. Seit 1989 ist er als Rechtsanwalt und seit 1990 als Partner bei Preslmayr Rechtsanwälte OG tätig. Dr. Herzig berät und vertritt nationale und internationale Mandanten zum gewerblichem Rechtsschutz, dem Lauterkeitsrecht, dem Lebens- und Arzneimittelrecht sowie bei Firmengründungen und Umgründungen. Er publiziert regelmäßig zum Lauterkeits- und Markenrecht sowie zum Lebens- und Arzneimittelrecht. Seine Website: [www.preslmayr.at](http://www.preslmayr.at).

Univ.-Prof. Dr. **Georg E. Kodek**, LL.M. (NWUSL), ist Präsident des Obersten Gerichtshofs und Professor für Zivil- und Unternehmensrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien. Außerdem ist er als Vortragender im Rahmen der Richterausbildung tätig. Daneben ist er Autor zahlreicher Veröffentlichungen aus dem Bereich des Zivil- und Zivilverfahrensrechts.

Dr. **Petra Leupold**, LL.M. (UCLA), ist Leiterin der Abteilung Klagen im Verein für Konsumenteninformation (VKI), Vorstandsmitglied von noyb (European Center for Digital Rights) und Chefredakteurin der Zeitschrift für Verbraucherrecht (VbR). Sie lehrt Verbraucherrecht an mehreren Universitäten und publiziert regelmäßig zu Themen des Zivil- und Zivilverfahrensrechts.

Dr. **Katharina Schmid** absolvierte nach ihrem Diplom- und Doktoratsstudium in Graz die Rechtsanwaltsausbildung in namhaften Rechtsanwaltssozialitäten in Graz und Wien und war von 2005 bis 2007 als Anwältin im Büro einer internationalen Rechtsanwaltssozialität in Alicante, Spanien (Sitz des Europäischen Amtes für Geistiges Eigentum) tätig. Seit 2005 ist sie als Anwältin zugelassen und gründete 2007 ihre eigene Kanzlei „schmid-ip“. Seither berät und vertritt sie nationale und internationale Mandanten in allen Bereichen des nationalen und internationalen Marken- und Kennzeichenrechts, im Design- und Urheberrecht und unlauteren Wettbewerbs- und Internetrecht. Daneben hält sie regelmäßig Vorträge und publiziert in den genannten Rechtsgebieten, unter anderem in einem namhaften markenrechtlichen Blog. Ihre Website: [www.schmid-ip.at](http://www.schmid-ip.at).

Hon.-Prof. Dr. **Clemens Thiele**, LL.M. Tax (GGU), hat nach Diplom- und Doktoratsstudium in Salzburg sowie einem Fulbright Stipendium für ein Postgraduate an der Golden Gate University, San Francisco, seine anwaltliche Tätigkeit in den USA, Deutschland und Österreich begonnen. 1999 wurde er als Anwalt zugelassen, 2002 gründete er die Kanzlei EUROLAWYER® in Salzburg. Seit 2004 gerichtlich beeideter Sachverständiger für Urheberfragen aller Art. Durch zahlreiche Publikationen ist er als Spezialist im Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht bekannt. Seit 2014 Honorarprofessor der Universität Salzburg, Fachbereich Privatrecht. Seine Website: [www.eurolawyer.at](http://www.eurolawyer.at).

Univ.-Prof. Dr. **Andreas Wiebe**, LL.M. (Virginia), promovierte zum Know-how-Schutz von Computersoftware und habilitierte zur elektronischen Willenserklärung, beides an der Universität Hannover. Von 2002 bis 2009 war er Leiter der Abteilung für Informationsrecht und Immaterialgüterrecht an der WU Wien. Seit Mai 2009 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht. Medien- und Informationsrecht an der Universität Göttingen. Er ist Obmann des Forschungsvereins Infolaw und Mitherausgeber und Beiratsmitglied verschiedener Zeitschriften in Österreich, Deutschland und Europa.

Schwerpunkt der Forschung und der vielfältigen deutsch- und englischsprachigen Publikationen ist das Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht.

Dr. **Michael Woller**, LL.M., MBA, hat in Wien und Krems studiert. Er ist Partner in der Kanzlei Schönherr und dort als Co-Leiter der Praxisgruppe IP & Technology vor allem spezialisiert auf die Bereiche Lauterkeits-, Patent- und Markenrecht. Nebenbei ist er für die Rubrik Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht in der Zeitschrift *ecolex* verantwortlich, publiziert regelmäßig in Fachzeitschriften und trägt zu Standardkommentaren bei. Er lehrt am Postgraduate Center der Universität Wien und der Anwaltsakademie (AWAK), ist Mitglied zahlreicher Fachvereinigungen sowie Vertrauensanwalt und Mitglied des juristischen Komitees des Verbands der österreichischen Markenartikelindustrie.



# Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG

BGBI 1984/448 (Wv) idF BGBl 1988/422, 1992/147, 1993/227, 1994/422, I 1999/111, I 1999/185, I 1999/191, I 2000/55, I 2001/136, I 2006/106, I 2007/79, I 2013/13, I 2013/112, I 2015/49, I 2016/99, I 2018/109, I 2019/104, I 2022/110, I 2022/204, I 2023/99.

## **Bearbeitet haben:**

<i>Axel Anderl:</i>	§ 2, Anhang zu § 2
<i>Clemens Appl:</i>	§ 2, Anhang zu § 2
<i>Peter Burgstaller:</i>	§ 1 V., § 1 a, Anhang zu § 1 a
<i>Andreas Frauenberger:</i>	§ 1 IV.
<i>Christian Handig:</i>	Einleitung, § 1 II., § 3, §§ 7, 8, §§ 38–46
<i>Roman Heidinger:</i>	§ 1 I.
<i>Rainer Herzig:</i>	§ 2 a, §§ 18–20, § 26
<i>Georg E. Kodek:</i>	§§ 14–17, § 24
<i>Petra Leupold:</i>	§§ 14–17, § 24
<i>Katharina Schmid:</i>	§ 9, § 21, § 25
<i>Clemens Thiele:</i>	§§ 4–6, Vor §§ 10–13, §§ 10–13, §§ 22, 23, §§ 26 a–26 j
<i>Andreas Wiebe:</i>	Einleitung, § 1 III.
<i>Michael Woller</i>	§§ 27–37



# Paragrafenübersicht

## I. ABSCHNITT

### ZIVILRECHTLICHE UND STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

#### 1. Handlungen unlauteren Wettbewerbes

- § 1. Unlautere Geschäftspraktiken
- § 1a. Aggressive Geschäftspraktiken  
Anhang zu § 1a – Aggressive Geschäftspraktiken Z 24–31
- § 2. Irreführende Geschäftspraktiken  
Anhang zu § 2 – Irreführende Geschäftspraktiken Z 1–23
- § 2a. Vergleichende Werbung
- § 3.
- § 4.
- § 5. Einziehung
- § 6.
- § 7. Herabsetzung eines Unternehmens
- § 8. Geographische Angaben
- § 9. Mißbrauch von Kennzeichen eines Unternehmens
- § 9a. *Zugaben [aufgehoben durch BGBl I 2013/13]*
- § 9b. *[aufgehoben durch BGBl 1994/422]*
- § 9c. *Verkauf gegen Vorlage von Einkaufsausweisen, Berechtigungsscheinen und dergleichen [aufgehoben durch BGBl I 2022/110]*
- § 10. Bestechung von Bediensteten oder Beauftragten
- § 11. Verletzung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen. Mißbrauch anvertrauter Vorlagen
- § 12.
- § 13. Zivilrechtliche Ansprüche im Falle des § 10

#### 2. Allgemeine Bestimmungen

- § 14. Anspruch auf Unterlassung
- § 14a. Auskunftsanspruch
- § 15.
- § 16. Anspruch auf Schadenersatz
- § 17. Haftung mehrerer für einen Schaden verantwortlicher Personen
- § 18. Bestimmungen über die Haftung für Handlungen im Betrieb eines Unternehmens
- § 19.
- § 20. Verjährung zivilrechtlicher Ansprüche

- § 21. Einstellung unerlaubter Mitteilungen in Druckwerken
- § 22. Strafbestimmungen für weitverbreitete Verstöße und weitverbreitete Verstöße mit Unions-Dimension
- § 23. *[Geldstrafen bei Unterlassungsexekution im Rahmen einer Durchsetzungsmaßnahme]*
- § 24. Einstweilige Verfügungen
- § 25. Urteilsveröffentlichung
- § 26. Ausschließung der Öffentlichkeit der Verhandlung

### **3. Zivilrechtliche Sonderbestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen**

- § 26a. Geltungsbereich
- § 26b. Begriffsbestimmungen
- § 26c. Rechtswidriger Erwerb, rechtswidrige Nutzung und rechtswidrige Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen
- § 26d. Rechtmäßiger Erwerb, rechtmäßige Nutzung und rechtmäßige Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen sowie Ausnahmen
- § 26e. Zivilrechtliche Ansprüche zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, Verjährung
- § 26f. Unterlassungsanspruch und dessen Erlöschen
- § 26g. Beseitigungsanspruch
- § 26h. Wahrung der Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen im Verlauf von Gerichtsverfahren
- § 26i. Einstweilige Verfügung zur Sicherung vor Eingriffen in Geschäftsgeheimnisse
- § 26j. Voraussetzungen für Antragstellung der einstweiligen Verfügung sowie Sicherungsmittel

## **II. ABSCHNITT**

### **VERWALTUNGSRECHTLICHE BESTIMMUNGEN**

#### **1. Verbot des Abschlusses von Verträgen nach dem Schneeballsystem und glückspielartiger Formen des Vertriebes von Waren**

- § 27.
- § 28.
- § 28a.
- § 29.

#### **2. Verbot des Hinweises auf eine Konkursmasse beim Verkauf von Waren**

- § 30. *[aufgehoben durch BGBl 2015/49]*

#### **3. Anmaßung von Auszeichnungen und Vorrechten**

- § 31.

#### **4. Vorschriften über Kennzeichnungen**

- § 32.
- § 33.

(XIV)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

**4a. Ankündigung von Ausverkäufen**

§ 33a.

§ 33b.

§ 33c.

**4b. Verbot von Geoblocking**

§ 33d.

§ 33e. *[aufgehoben durch BGBl I 2013/112]*

§ 33f. *[aufgehoben durch BGBl I 2013/112]*

**5. Allgemeine Bestimmungen zu den §§ 27 bis 33c**

§ 34.

**6. Zurückbehaltung von Waren durch das Zollamt Österreich**

§ 35.

§ 36.

§ 37.

**III. ABSCHNITT**

**GEMEINSAME UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

§ 38. Anwendbarkeit des Gesetzes auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Leistungen

§ 39. Bildliche Darstellungen und sonstige Veranstaltungen

§ 40. Schutz von Ausländern

§ 41. Vergeltungsrecht

§ 42. Übergangsbestimmungen

§ 43.

§ 44. Inkrafttreten

§ 45. Bezugnahme auf Gemeinschaftsrecht

§ 46. Sprachliche Gleichbehandlung



## Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
aaO	=	am angeführten Ort
AB	=	Ausschussbericht
AB 2007	=	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie über die RV der UWG-Nov 2007, 236 BlgNR 23. GP
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
Abk	=	Abkommen
ABl	=	Amtsblatt
abl	=	ablehnend
Abs	=	Absatz
abw	=	abweichend
AcP	=	„Archiv für die civilistische Praxis“
ADV	=	Automatisierte Datenverarbeitung
aE	=	am Ende
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ÄrzteG	=	Ärztegesetz BGBl I 1998/169
aF	=	alte Fassung
AfP	=	„Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht“
AG	=	Antragsgegner; Aktiengesellschaft
AGB	=	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	=	Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AKG	=	Arbeiterkammergesetz BGBl 1991/626
AktG	=	Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98
allg	=	allgemein, -e, -en, -er, -es
AltFG	=	Alternativfinanzierungsgesetz BGBl 2015/114
aM	=	anderer Meinung
AMD-G	=	Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz BGBl 2001/84
AMG	=	Arzneimittelgesetz BGBl 1983/185
AngG	=	Angestelltengesetz BGBl 1921/292
Anh	=	Anhang
Anl	=	Anlage
Anm	=	Anmerkung
AnwBl	=	„Österreichisches Anwaltsblatt“
AnwZ	=	„Österreichische Anwaltszeitung“
AO	=	Ausgleichsordnung BGBl 1934 II/221 ( <i>aufgehoben durch BGBl I 2010/29</i> )
Arb	=	„Zeitschrift für Arbeitswissenschaft
ARBÖ	=	Der Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs
ArbVG	=	Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22
ARD	=	„ARD-Betriebsdienst“
arg	=	argumentum
ARG_VO	=	Arbeitsruhegesetz-Verordnung BGBl 1984/149
ARHG	=	Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz BGBl 1979/529
Art	=	Artikel

## Abkürzungsverzeichnis

---

ASoK	= „Arbeits- und SozialrechtsKartei“
ASVG	= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
AtomHG	= Atomhaftungsgesetz 1999 BGBl I 1998/170
Aufl	= Auflage
AußStrBeglG	= Außerstreitbegleitgesetz BGBl I 2003/112
AußStrG	= Außerstreitgesetz BGBl I 2003/111
AusverkaufsG 1985	= Kundmachung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. 1. 1985, mit der die Ausverkaufsverordnung wiederverlautbart wird BGBl 1985/51 ( <i>aufgehoben durch das WettDerG 1992 BGBl 1992/147</i> )
AusverkaufsV 1933	= Ausverkaufsverordnung BGBl 1933/508 (Wv 1985/51)
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
AVRAG	= Arbeitsvertragsrecht-Anpassungsgesetz BGBl I 1993/459
AWEG	= Arzneiwareneinfuhrgesetz BGBl 2010/79
AZG	= Arbeitszeitgesetz BGBl 1969/461
BAO	= Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
BB	= „Der Betriebsberater“
bbl	= „Baurechtliche Blätter“
BeckRS	= „Beck-Rechtsprechung“
Bekl	= Beklagte, -r
BG	= Bezirksgericht; Bundesgesetz
BGB	= (deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch dRGBI 1896, 195
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGH	= (deutscher) Bundesgerichtshof
BJA	= Bundeskanzleramt
BKR	= „Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht“
Blg	= Beilage, -n
BlgAH	= Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrates
BlgNR	= Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	= Bundesminister, -in; Bundesministerium
BMJ	= Bundesminister(ium) für Justiz; nunmehr Bundesminister(ium) für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
BMASGK	= Bundesminister(ium) für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
BMSGK	= Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMVRDJ	= Bundesminister(ium) für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
BörseG	= Börsengesetz BGBl I 2018/37
BReg	= Bundesregierung
bspw	= beispielsweise
BTVG	= Bauträgervertragsgesetz BGBl I 1997/7
BVerfG	= (deutsches) Bundesverfassungsgericht
BVergG	= Bundesvergabegesetz 2018 BGBl I 2018/65
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
BVG MedKF-T	= Bundesverfassungsgesetz Medienkooperation und Medienförderung BGBl I 2011/125
BWG	= Bankwesengesetz BGBl 1993/532

(XVIII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

BWK	= Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft; nunmehr: Wirtschaftskammer Österreich
bzw	= beziehungsweise
ca	= circa (ungefähr)
CAD	= Computer-aided design
CCC	= Convention on Cybercrime CETS No 185
CPC-VO	= VO (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12. 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004, ABl L 2017/345, 1
CR	= „Computer und Recht“
ccTLD	= country code Top-Level-Domain
ChemikalienG	= Chemikaliengesetz BGBl I 1997/53
d	= deutsch, -e, -er, -es
Dako	= „Datenschutz konkret“
Datenschutz-AnpassungsG 2018	= Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 BGBl I 2017/120
DB	= „Der Betrieb“
dens	= denselben
ders	= derselbe
DGA	= VO (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. 5. 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt), ABl L 2022/152, 1
dh	= das heißt
dHGB	= Deutsches Handelsgesetzbuch
dHL	= deutsche herrschende Lehre
DikIntern	= „Dike International, Jahressonderausgabe der Hellenischen Monatsschrift des prozessualen Rechts“
DRdA	= „Das Recht der Arbeit“
dRsp	= Deutsche Rechtsprechung
DSG	= Datenschutzgesetz BGBl I 1999/165 (bis BGBl I 2017/120 „DSG 2000, Datenschutzgesetz 2000“)
DSGVO	= Datenschutzgrundverordnung, VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr, ABl L 2016/119, 1
dt	= deutsche, -r, -n, -s
dUWG	= deutsches Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
dZPO	= deutsche Zivilprozessordnung
E	= Entscheidung, -en
EBLR	= „European Business Law Review“
ECG	= E-Commerce-Gesetz BGBl I 2001/152
ecolex	= „Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht“

## Abkürzungsverzeichnis

---

E-Commerce-RL	=	RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. 6. 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl L 2000/178, 1–16
EDSA	=	Europäischer Datenschutzausschuss
EDVuR	=	„EDV und Recht“
EFSlg	=	Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen
EF-Z	=	„Zeitschrift für Familien- und Erbrecht“
EG	=	Europäische Gemeinschaft, -en
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGVG	=	Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 BGBl I 2008/87
EGZPO	=	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung RGBl 1895/112
Einf	=	Einführung
Einl	=	Einleitung
einschr	=	einschränkend
EKMR	=	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELR	=	„European Law Review“
ElWOG	=	Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 BGBl I 2010/110
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
endg	=	endgültig
Energie-VersorgungssicherheitsG	=	Energie-Versorgungssicherheitsgesetz BGBl I 2006/106
Enforcement-Directive	=	Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des Geistigen Eigentums 2004/48/EG
Entw	=	Entwurf
EO	=	Exekutionsordnung RGBl 1896/79
EO-Nov 2008	=	Novelle der Exekutionsordnung BGBl I 2008/82
Erk	=	Erkenntnis
Erläut	=	Erläuterung, -en
ErläutRV	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErmächtigungsG	=	Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz vom 24. 7. 1917 RGBl 1917, 307
ER-Strafrechtsübereinkommen über Korruption	=	Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates (ETS Nr 173) und Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates (ETS Nr 191)
ErwGr	=	Erwägungsgrund
etc	=	et cetera
EU	=	Europäische Union
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	=	„Europäische Grundrechte-Zeitschrift“
EuGVÜ	=	Europäisches Übereinkommen vom 27. 9. 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen BGBl III 1998/209 (Brüsseler Übereinkommen); s nunmehr die EuGVVO

(XX)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

EuGVVO	= VO (EU) 2012/1215 des Rates vom 12. 12. 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2012/351, 1
EUI	= European University Institute
EuLF	= „European Legal Forum“
EuR	= Europarecht
EU-Rahmenbeschluss	= Rahmenbeschluss 2003/568/JI des Rates v 22. 7. 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor, ABl L 2003/192, 54
EuZW	= „Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
EV	= einstweilige Verfügung
EvBl	= „Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen“ in ÖJZ
EVKO	= Verordnung über die Einführung einer Konkursordnung, einer Ausgleichsordnung und einer Anfechtungsordnung RGBL 1914/337
EVÜ	= Europäisches Schuldvertragsübereinkommen
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	= „Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht“
EWK	= Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	= „Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht“
f	= und der, die folgende
Fa	= Firma
FAGG	= Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz
FamRZ	= „Zeitschrift für das gesamte Familienrecht“
FamZ	= „Zeitschrift für Familienrecht“
FBG	= Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
FernabsatzRL	= RL 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 9. 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG, ABl L 2002/271, 16
FERG	= Fernseh-Exklusivrechtegesetz BGBl 2001/85
ff	= und die folgenden
FinStrG	= Finanzstrafgesetz BGBl I 2015/118
FN	= Fußnote
FS	= Festschrift
FWBG	= Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz BGBl 1977/392
G	= Gesetz; Gericht
GATT	= Allgemeines Zoll- und Handelsübereinkommen
GedS	= Gedächtnisschrift; Gedenkschrift
GelverkG	= Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 BGBl 1996/112
gem	= gemäß
GentechnikG	= Gentechnikgesetz BGBl 1994/510
Geo	= Geschäftsordnung
GES	= Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht
GeschGehG	= Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen BGBl I 2019/466
GesbR	= Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GeschäftsgeheimnisRL, GG-RL	= Geschäftsgeheimnisrichtlinie, RL (EU) 2016/943 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung, ABl L 2016/157, 1

## Abkürzungsverzeichnis

---

GesRZ	= „Der Gesellschafter“
GewO	= Gewerbeordnung 1973, wiederverlautbart BGBl 1994/194
ggf	= gegebenenfalls
ggT	= gegenteilig
GH	= Gerichtshof; „Gerichtshalle“
GmbH	= Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	= Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung RGBL 1906/58
Gemeinschaftskodex	= RL 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. 11. 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel, ABl L 2001/311
GemeinschaftsmarkenVO	= VO (EU) 2015/2424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) 207/2009 des Rates über die Gemeinschaftsmarke, ABl L 2015/341
GMG	= Gebrauchsmustergesetz BGBl 1994/211
GP	= Gesetzgebungsperiode
GPR	= „Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union“
GRC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRAU	= „Grauzonen – Unternehmen im Recht“
grds	= grundsätzlich
GREx	= Gesamtreform des Exekutionsrechts BGBl I 2021/86
GRUR	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“
GRUR Ausl	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Auslands- und internationaler Teil“ bis 1966, der Titel lautet seit 1967 „GRURInt“
GRUR Int	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“, Internationaler Teil (ab 1967)
GRUR-Prax	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis“
GRUR-RR	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“, Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	= „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“ Rechtsprechungs-sammlung
GSpG	= Glücksspielgesetz BGBl 1989/620
GWB	= (deutsches) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GZ	= „Österreichische Allgemeine Gerichtszeitung“
H	= Heft
HA	= Handelsausschuss
HaRÄG	= Handelsrechts-Änderungsgesetz BGBl I 2005/120
HAVÜ	= Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile in Zivil- und Handelssachen
hA	= herrschende, -r Ansicht
HG	= Handelsgesetz
HGB	= Handelsgesetzbuch RGBL 1897, 219
HGÜ	= Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen
HiNBG	= Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz BGBl I 2020/148
hL	= herrschende Lehre
HiSchG	= Halbleiterschutzgesetz BGBl 1988/372
hM	= herrschende Meinung
Hrsg	= Herausgeber, -in
hrsg	= herausgegeben
HS	= Halbsatz

(XXII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

HSchG	= HinweisgeberInnenschutzgesetz BGBl I 2023/6
HVertrG	= Handelsvertretergesetz BGBl 1993/88
HWR	= „Handel Wirtschaft Recht“, Schriftenreihe des Instituts für Handelsrecht an der Universität Innsbruck
idF	= in der Fassung
idgF	= in der geltenden Fassung
idR	= in der Regel
idS	= in diesem Sinn
IEG	= Insolvenzrechtseinführungsgesetz BGBl I 1997/114 (Art III) <i>s auch</i> EVKO
ieS	= im engeren Sinn
IESG	= Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz BGBl 2001/154
IHR	= „Internationales Handelsrecht“
immolex	= „Zeitschrift für neues Miet- und Wohnrecht“
inkl	= inklusive
insb	= insbesondere
IntBer	= „Internationale Berichte über Patent-, Marken- und Musterrecht, Urheberrecht und unlauteren Wettbewerb“
InvFG	= Investmentfondsgesetz 1993 BGBl 1993/532
IO	= Bundesgesetz über das Insolvenzverfahren (Insolvenzordnung) RGBL 1914/337
IPRax	= „Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts“
IPRG	= Bundesgesetz über das internationale Privatrecht BGBl 1978/304
IRÄG 1982	= Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1982 BGBl 1982/370
IRÄG 1997	= Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1997 BGBl I 1997/114
IRÄG 2010	= Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010 BGBl I 2010/29
IRÄG 2017	= Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2017 BGBl I 2017/122
IrreführungsRL	= RL 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12 2006 über irreführende und vergleichende Werbung (kodifizierte Fassung), ABl L 2006/376, 21
IrreführungsRL	= RL 84/450/EWG über irreführende Werbung zwecks Einbeziehung der vergleichenden Werbung idF der Richtlinie 97/55/EG vom 6. 10. 1997, ABl L 1997/290, 18
ipCompetence	= Kompetenzzentrum für geistiges Eigentum
iS	= im Sinn
iSd	= im Sinne des/r
iSe	= im Sinne einer
iSv	= im Sinne von
iVm	= in Verbindung mit
IWG	= Informationsweiterverwendungsgesetz BGBl 2022/116
iwS	= im weiteren Sinn
iZm	= im Zusammenhang mit
JA	= Bericht des Justizausschusses zur RV des UWG, 913 BlgNR 1. GP
JAB	= Justizausschussbericht
JAP	= „Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung“
JAS	= „Journal für Arbeitsrecht und Sozialrecht“
JB	= „Juristische Blätter“
JETL	= „Journal of European Tort Law“

## Abkürzungsverzeichnis

---

JME	=	Justizministerialerlass
JMG	=	„Journal für Medizin- und Gesundheitsrecht“
JN	=	Jurisdiktionsnorm RGBL 1895/111
JRP	=	„Journal für Rechtspolitik“
JSt	=	„Journal für Strafrecht“
Jud	=	Judikatur
JusIT	=	„Zeitschrift für IT-Recht“
JZ	=	„Juristenzeitung“
KaGeRÄG 2012	=	Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2012 BGBl I 2013/13
KAKuG	=	Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz BGBl 1957/1
KartG	=	Kartellgericht; Kartellgesetz 2005 BGBl I 2005/61
KaWeRÄG 2017	=	Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2017 BGBl I 2017/56
KEM-V	=	Kommunikationsparameter-, Entgelt- und Mehrwertdienststeuerordnung 2009
KFG	=	Kraftfahrzeuggesetz 1967 BGBl 1967/267
KG	=	Kommanditgesellschaft
KMU	=	Kleine und mittlere Unternehmen
KO	=	Konkursordnung RGBL 1914/337; nunmehr: Insolvenzordnung (IO)
kodifizierte IrreführungsRL	=	RL 2006/114/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12. 2006 über irreführende und vergleichende Werbung, ABl L 2006/376, 21
KOG	=	Kartellobergericht; KommAustria-Gesetz BGBl I 2001/32
KOM	=	Dokumente der Kommission der Europäischen Union
KorrStrÄG	=	Korruptionstrafrechtsänderungsgesetz BGBl I 2012/61
KRES	=	Konsumentenrecht-Entscheidungssammlung, hrsg vom Verein für Konsumenteninformation
krit	=	kritisch
KSchG	=	Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
KWG	=	Kreditwesengesetz 1979 BGBl 1979/63; nunmehr: Bankwesengesetz (BWG)
K&R	=	„Kommunikation und Recht“
LeitE	=	Leitentscheidung, -en
LG	=	Landesgesetz; Landesgericht
LGBL	=	Landesgesetzblatt
LGVÜ	=	Übereinkommen vom 16. 9. 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) BGBl 1996/448
LGZ	=	Landesgericht für Zivilrechtssachen
LMIV	=	VO (EU) 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel, ABl L 2011/304, 18
LMK	=	„Leitsätze mit Kommentierung“
LMKV	=	(deutsche) Verordnung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln ( <i>aufgehoben 2017</i> )
LMSVG	=	Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz BGBl I 2023/186

(XXIV)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

lit	=	litera (Buchstabe)
LReg	=	Landesregierung
LS	=	Leitsatz
lt	=	Laut
LuftfahrtG	=	Luftfahrtgesetz BGBl 1957/253
MaMoG	=	(deutsches) Markenrechtsmodernisierungsgesetz BGBl I 2018/2357
MarkenG	=	(deutsches) Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz) BGBl I 1994/3082
MarkenRL	=	RL (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl L 2015/ 336
Markenrechts-No- velle 1999	=	BG, mit dem das MSchG 1970 und das UWG 1984 geändert werden (Markenrechts-Nov 1999) BGBl I 1999/111
MarkSchG, MSchG	=	Markenschutzgesetz 1970 BGBl 1970/260
Mat	=	Materialien
maW	=	mit anderen Worten
MDR	=	„Monatsschrift für Deutsches Recht“
mE	=	meines Erachtens
ME	=	Ministerialerlass
MedienG	=	Mediengesetz BGBl 1981/314
Mediengesetz-No- velle 2005	=	Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz) geändert wird BGBl I 2005/49
MietSlg	=	„Mietrechtliche Entscheidungen“
MMR	=	„Multimedia und Recht“
MoRuG I	=	Erstes Modernisierungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz BGBl 2022/109
MoRuG II	=	Zweites Modernisierungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz BGBl 2022/110
ModernisierungsRL	=	Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union
MR	=	„Medien und Recht“
MR-Int	=	„Medien und Recht International“
MRG	=	Mietrechtsgesetz BGBl 1981/520
MSchG	=	Markenschutzgesetz BGBl I 1970/260
MTD-Gesetz	=	BG über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste BGBl 1992/460
MünchKomm	=	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MuSchG	=	Musterschutzgesetz 1990 BGBl 1990/497
MuW	=	„Markenschutz und Wettbewerb“
mwH	=	mit weiteren Hinweisen
mwN	=	mit weiteren Nachweisen
NahversG	=	Nahversorgungsgesetz, BG zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen BGBl 1977/392; aktuelle Bezeichnung: FWBG
nF	=	neue Fassung
NJW	=	„Neue Juristische Wochenschrift“
NJWE-WettbR	=	„NJW-Entscheidungsdienst Wettbewerbsrecht“
NJW-RR	=	„NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht“
NÖ BestattungsgG 2007	=	Bestattungsgesetz Niederösterreich 2007 LGBl 9480-0
Nov	=	Novelle

## Abkürzungsverzeichnis

---

NP-VO	=	VO (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. 11. 2018 über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union, ABl L 2018/303, 59
NR	=	Nationalrat
Nr	=	Nummer
NRsp	=	„Neue Rechtsprechung des OGH“ in „Österreichische Juristen-Zeitung“
NVG	=	BG vom 3. 2. 1972 über die Pensionsversicherung für das Notariat – Notarversicherungsgesetz 1972 BGBl 1972/66
NVwZ	=	„Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht“
NZ	=	„Österreichische Notariats-Zeitung“
oÄ	=	oder Ähnliche(s)
ÖAK	=	Österreichische Auflagenkontrolle
ÖAMTC	=	Österreichische Automobil-, Motorrad- und Touring Club
ÖBA	=	„Österreichisches Bankarchiv“
ÖBl	=	„Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht“
ÖBl-LS	=	Leitsätze im ÖBl
odgl	=	oder dergleichen
ÖRsp	=	Österreichische Rechtsprechung
öff	=	öffentlich, -e, -er, -es
OG	=	Offene Gesellschaft
ÖGB	=	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OGH	=	Oberster Gerichtshof
ÖJT	=	Österreichischer Juristentag
ÖJZ	=	„Österreichische Juristen-Zeitung“
ÖJZ-LSK	=	Leitsatzkartei in ÖJZ
OLG	=	Oberlandesgericht
OmnibusRL	=	RL (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 11. 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union, ABl L 2019/328, 7
OPM	=	Oberster Patent- und Markensenat
ORF	=	Österreichischer Rundfunk
ORF-G	=	Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk BGBl 1984/379
ÖSGRUM	=	Österreichische Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht
österr	=	österreichisch, -e, -er, -es
öUWG	=	österreichisches UWG
ÖZK, OZK	=	„Österreichische Zeitschrift für Kartellrecht“
ÖZW	=	„Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
P2B-VO	=	VO (EU) 2018/1150 vom 20. 6. 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten, ABl L 2019/186

Patent- und Markenrechts-Novelle 2014	= Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Gebrauchsmuster-gesetz, das Patentverträge-Einführungsgesetz, das Schutzzertifi-katsgesetz 1996, das Halbleiterschutzgesetz, das Markenschutzgesetz 1970, das Musterschutzgesetz 1990, das Patentamtsgebührengesetz, das Sortenschutzgesetz 2001, das Patentanwaltsgesetz und die Juris-diktionsnorm geändert werden BGBl I 2013/126
PatG	= Patentgesetz 1970 BGBl 1970/259
PatV-EG	= Patentverträge-Einführungsgesetz BGBl 1979/52
PBl	= „Österreichisches Patentblatt“
pers	= persönlich, -e, -er, -es
Pkt	= Punkt
PMG	= Pflanzenschutzmittelgesetz BGBl 1997/60
PrAG	= Preisauszeichnungsgesetz BGBl 1992/146
PressG	= Pressegesetz
PreßG	= Preßgesetz
ProkG	= Finanzprokuratorgesetz BGBl I 2008/110
Prot	= Protokoll, -e
PrR-G	= Privatradiogesetz
PSG	= Privatstiftungsgesetz
PVÜ	= Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigen-tums BGBl 1973/399
RabelsZ	= „Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht“
RabattG	= Rabattgesetz dRGBl 1933 I 1011
RAK	= Rechtsanwaltskammer
RAO	= Rechtsanwaltsordnung RGBl 1868/96
RATG	= Rechtsanwaltstarifgesetz BGBl 1969/189
rd	= rund
RdA	= „Recht der Arbeit“
RdM	= „Recht der Medizin“
RdU	= „Recht der Umwelt“
RDUE	= „Revue du droit de l'Union européenne et du Marché unique“
RdW	= „Österreichisches Recht der Wirtschaft“
RFG	= „Recht und Finanzen für Gemeinden“
RfR	= „Rundfunkrecht“, Beilage zu ÖBl
RGBl	= Reichsgesetzblatt
RIS	= Rechtsinformationssystem des Bundes
RIW	= „Recht der Internationalen Wirtschaft“
RL	= Richtlinie, -n
RL-AVMD	= RL 2007/65/EG über audio-visuelle Mediendienste ABl L 2007/332, 27 (nunmehr RL 2010/13/EU)
RL-IVW	= RL 2006/114/EG über irreführende und vergleichende Werbung, ABl L 2006/376, 21
RL-UGP	= RL 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken im binnen-marktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Ver-brauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinie 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung EG 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken), ABl L 2005/149, 22

## Abkürzungsverzeichnis

---

RN	=	Randnummer, -note
Rom-II-VO	=	VO (EG) 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. 7. 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl L 2007/199, 40
RPA	=	„Zeitschrift für Vergaberecht“ (Recht und Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe)
Rs	=	Rechtssache
Rsp	=	„Rechtsprechung“
R-ÜG	=	Rechts-Überleitungsgesetz StGBI 1945/6
RuW	=	„Recht und Wettbewerb“, offizielle Mitteilungen des Schutzverbandes gegen unlauteren Wettbewerb
RV	=	Regierungsvorlage
RWK	=	„Recht und Wirtschaft des Kaufmannes“
RWZ	=	„Zeitschrift für Recht und Rechnungswesen“
RZ	=	„Österreichische Richterzeitung“
Rz	=	Randzahl
s	=	siehe
SbgK	=	Salzburger Kommentar zum Strafgesetzbuch
Sess	=	Session
schwStGB	=	Schweizerisches Strafgesetzbuch
SchwUWG	=	Schweizerisches unlauteres Wettbewerbsgesetz
Slg	=	Sammlung
SoftwareRL	=	RL 2009/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 4. 2009 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen, ABl L 2009/111, 16
sog	=	sogenannte, -r, -s
SpuRt	=	„Zeitschrift für Sport und Recht“
StGB	=	Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGBI	=	Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
StGG	=	Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger RGrBl 1867/142
StPO	=	Strafprozeßordnung 1975 BGBl 1975/631 (WV)
StProt	=	stenographische(s) Protokoll(e)
str	=	strittig
StrafrechtsanpassungsG	=	Strafrechtsanpassungsgesetz BGBl 1974/422
StRÄG	=	Strafrechtsänderungsgesetz BGBl I 2007/109
stRsp	=	ständige Rechtsprechung
StVO	=	Straßenverkehrsordnung BGBl 1960/159
SWK	=	„Österreichische Steuer- und Wirtschaftskartei“
SZ	=	„Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofs in Zivil- und (Justizverwaltungs-)sachen“
teilw	=	teilweise
Technologietransfer-GVO	=	VO (EU) 316/2014 der Kommission vom 21. 3. 2014 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen, ABl L 2014/93, 17
TKG 2003	=	Telekommunikationsgesetz BGBl I 2003/70

(XXVIII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

TKG 2021	= Telekommunikationsgesetz 2021 BGBl I 2021/190
TLD	= Top-Level-Domain
TP	= Tarifposten
TRIPS	= Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Anhang 1 C des WTO-Abkommens BGBl 1995/1) (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights)
TNRSG	= Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw Nichtrauchererschutzgesetz BGBl 1995/431
ua	= und andere, -s; unter anderem
uÄ	= und Ähnliche, -s
UAbs	= Unterabsatz
udgl	= und dergleichen
uE	= unseres Erachtens
UG	= Universitätsgesetz 2002 BGBl 2002/120
UGB	= Unternehmensgesetzbuch dRGBI 1897, 219
UGP-RL	= RL 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. 5. 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern, ABl L 2005/149, 22
UIG	= Umweltinformationsgesetz BGBl 1993/495
UKlaG	= (deutsches) Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz)
UMV, UnionsmarkenVO	= Unionsmarkenverordnung, VO (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke, ABl L 2017/154
UNO	= United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
UnterlassungsklagenRL	= RL 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. 5. 1998 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen, ABl L 1998/166, 51 (nunmehr: RL 2009/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 4. 2009 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen)
UN-Übereinkommens gegen Korruption	= Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (A/RES/58/4), angenommen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 31. 10. 2003
UrhG	= Urheberrechtsgesetz BGBl 1936/111
USt	= Umsatzsteuer
usw	= und so weiter
uU	= unter Umständen
uva	= und viele(s) andere
UVS	= Unabhängige(r) Verwaltungssenat(e)
UWG	= Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl 1984/448
UWG-Novelle 1980	= BG vom 6. 3. 1980, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden BGBl 1980/120
UWG-Novelle 2007	= BG, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert wird BGBl I 2007/79
UWG-Novelle 2013	= Änderung des BG gegen unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl I 2013/112

## Abkürzungsverzeichnis

---

UWG-Novelle 2018	=	BG, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984, die Zivilprozessordnung und das Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz geändert werden BGBl I 2018/109
uzw	=	und zwar
v	=	vom, -n
V	=	Verordnung
VBKG	=	Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz
VbR	=	„Zeitschrift für Verbraucherrecht“
VbVG	=	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl I 2005/151
VerwGesG 2016	=	Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 BGBl I 2016/27
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfO	=	Verfahrensordnung des EuGH, ABl L 1991/176, 1 (7) (nunmehr: Verfahrensordnung des EuGH, ABl L 2015/105, 1)
VfSlg	=	„Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes“, Neue Folge
vgl	=	vergleiche
VKrG	=	Verbraucherkreditgesetz BGBl 2010/28
VKI	=	Verein für Konsumenteninformation
VlbG	=	Vorarlberg
VO	=	Verordnung (EG, EU)
VÖB	=	Verband österreichischer Beton- und Fertigteilwerke
VrInfo	=	„Informationen zum Verbraucherrecht“
VR-RL	=	RL 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. 10. 2011 über die Rechte der Verbraucher, ABl L 2011/304, 64
VStG	=	Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VuR	=	„Verbraucher und Recht“
VVG	=	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwSlg	=	„Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes“
WAG	=	Wertpapieraufsichtsgesetz BGBl 2017/107
wbl	=	„Wirtschaftsrechtliche Blätter“
WEG 2002	=	Wohnungseigentumsgesetz 2002
WettbG	=	Wettbewerbsgesetz BGBl I 2002/62
WettDerG	=	Wettbewerbs-Deregulierungsgesetz 1992 BGBl 1992/147
WGN 1997	=	Erweiterte Wertgrenzen-Novelle BGBl I 1997/140
WiPBl	=	„Wirtschaftspolitische Blätter“
WK	=	Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch/zur Strafprozessordnung
WKG	=	Wirtschaftskammergesetz BGBl 1998/103
WKO bzw WKÖ	=	Wirtschaftskammer Österreich
WM	=	„Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht“
wobl	=	„wohnrechtliche Blätter“
WPBl	=	„wirtschaftsrechtliche Blätter“
WR	=	„Der Wiener Richter“
WRP	=	„Wettbewerb in Recht und Praxis“
WTBG	=	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl 2017/137
WUA	=	Welturheberrechtsabkommen BGBl 1957/108
WuW	=	„Wirtschaft und Wettbewerb“
W-ÜG	=	Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz BGBl 1947/145

(XXX)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG<sup>2</sup>

Wv	= Wiederverlautbarung
Z	= Ziffer
Zak	= „Zivilrecht aktuell“
ZAS	= „Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht“
ZASB	= Beilage zur „Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht“
ZER	= „Zeitschrift für Europarecht“
zB	= zum Beispiel
ZBl	= „Zentralblatt für die juristische Praxis“
ZEuP	= „Zeitschrift für Europäisches Privatrecht“
ZEuS	= „Zeitschrift für europarechtliche Studien“
ZfHR	= „Zeitschrift für Hochschulrecht, Hochschulmanagement und Hochschulpolitik“
ZFR	= „Zeitschrift für Finanzmarktrecht“
ZfRV	= „Zeitschrift für Rechtsvergleichung“
ZfVB	= „Die administrativrechtlichen Entscheidungen des VwGH und die verwaltungsrechtlich relevanten Entscheidungen des VfGH in lückenloser Folge“ (Beilage zur „Zeitschrift für Verwaltung“ – ZfV)
ZHR	= „Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht“
ZIK	= „Zeitschrift für Insolvenzschutz und Kreditrecht“
ZIIR, ZIR	= „Zeitschrift für Informationsrecht“
ZIP	= „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
zit	= zitierte, -r, -s, -n
Zl	= Zahl
ZLR	= „Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht“
ZPEMRK	= Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20. 03. 1952
ZPO	= Zivilprozeßordnung RGBl 1895/113
ZStW	= „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“
zT	= zum Teil
ZTG	= Ziviltechnikergesetz 1993 BGBl 1994/156
ZTR	= „Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes“
ZugG	= Zugabengesetz BGBl II 1934/196 (aufgehoben durch BGBl 1992/147)
ZUM-RD	= „Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht“
zust	= zustimmend
zutr	= zutreffend
ZUV	= „Zeitschrift für öffentliches Recht“, seit 2006 „UVS aktuell“
ZVB	= „Zeitschrift für Vergaberecht und Bauvertragsrecht“
ZVglRWiss	= „Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft“
ZVN	= Zivilverfahrens-Novelle
ZVR	= „Zeitschrift für Verkehrsrecht“
zw	= zweifelhaft
ZWF	= „Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht“
ZZP	= „Zeitschrift für Zivilprozeß“
ZZPint	= „Zeitschrift für Zivilprozess International“



## Literaturverzeichnis

Weiterführende und vertiefende Literatur zu den einzelnen Paragraphen des UWG finden Sie bei den jeweiligen Kommentierungen.

- Angst/Oberhammer* (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung<sup>3</sup> (2015)
- Beater*, Unlauterer Wettbewerb (2002) (2011)
- Burgstaller/Deixler-Hübner* (Hrsg), Exekutionsordnung – Kommentar (ab 1999)
- Bydlinski/Perner/Spitzer* (Hrsg), KBB – Kurzkomentar zum ABGB<sup>7</sup> (2023)
- Fasching/Konecny* (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozeßgesetzen<sup>2</sup> (ab 2002) <sup>3</sup> (ab 2013)
- Fezer/Büscher/Obergfell* (Hrsg), UWG<sup>3</sup> (2016)
- Gamerith/Mildner*, Wettbewerbsrecht I – UWG<sup>9</sup> (2016)
- Görg*, Kommentar zum UWG (2020)
- M. Gumpoldsberger/Baumann* (Hrsg), Kommentar zum UWG (2006)
- M. Gumpoldsberger/Baumann* (Hrsg), Ergänzungsband zum UWG-Kommentar (2009)
- Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig* (Hrsg), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb<sup>5</sup> (2021)
- Hohenecker/Friedl*, Wettbewerbsrecht (1959)
- Kadečka*, Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (1924)
- Kletečka/Schauer*, ABGB-Kommentar (ab 2010)
- Köhler/Bornkamm/Feddersen*, Kommentar zum UWG<sup>42</sup> (2024)
- Koppensteiner*, Österreichisches und europäisches Wettbewerbsrecht<sup>3</sup> (1997) <sup>4</sup> (2012)
- Koppensteiner/Thyri/Eckert* (Hrsg), Wettbewerbsrecht I, Grundlagen und Markenrecht (2021)
- Kraft/Steinmair*, UWG-Praxiskommentar<sup>2</sup> (2020)
- Krejci/Keßler/Augenhofer* (Hrsg), Lauterkeitsrecht im Umbruch (2005)
- Kucsko/Schumacher* (Hrsg), marken.schutz<sup>3</sup> (2020)
- Müller*, UWG kompakt (2023)
- Münchener Kommentar zum Lauterkeitsrecht I*<sup>3</sup> (2020) *II*<sup>3</sup> (2022)
- Ohly/Sosnitza*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb<sup>8</sup> (2023)
- Rummel/Lukas/Geroldinger* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch<sup>4</sup> (ab 2015)
- Schutzverband gegen unlauteren Wettbewerb* (Hrsg), Aktuelle Fragen des Lauterkeitsrechts (2004)
- Schönherr*, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (1982)
- Schwimann* (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB<sup>4</sup> (2017)
- Schwimann/Kodek* (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB I und II<sup>5</sup> (2018)
- Wiltschek/Horak*, UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb<sup>9</sup> (2023)





